

marktintegration junger Migrant_innen (*Magdalena Ziólek-Skrzypczak*), zur Arbeitnehmer_innenfreizügigkeit für MOE-Staaten (*Fessum Ghirmazion*) und zu den Grenzen der autonomen Migrationssteuerung kleiner EU-Staaten (*Claudia Hartmann-Hirsch*).

Wie bereits angeklingen, bietet dieser Sammelband mit wenigen Ausnahmen sehr fundierte und wichtige Einblicke in die aktuelle Migrationsforschung. Allerdings muss kritisch angemerkt werden, dass das Buch noch einmal deutlich hinzugewonnen hätte, wenn die Einleitung der Herausgeber_innen über die Kurzzusammenfassung der einzelnen Beiträge hinausginge. Warum Migrationspolitik und Integrationspolitik sprachlich und in der Zweiteilung des Bandes so deutlich unterschieden werden, überrascht ebenfalls, zumal in den meisten Beiträgen eine Position jenseits von top-down-Migration-Governance und Container-Konzeptionen von Staatlichkeit eingenommen wird. Ein abschließendes Kapitel beispielsweise hätte die doch sehr heterogenen Beiträge stärker verknüpfen können. So bleibt das Buch eine lesenswerte Kollage, bei der die Verbindungen zwischen den einzelnen Kapiteln aber vom Lesenden selbst gezogen werden müssen.

Elias Steinhilper

POLITIKFELDANALYSE

Piketty, Thomas: *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge. Harvard Univ. Press 2014. 696 Seiten. 29,95 £.

Normalerweise rezensiere ich Bücher, die außer mir nur wenige Menschen, allenfalls ein kleines Fachpublikum lesen. In solchen Fällen besteht höchst-

tens das Problem, dass man dem Leser der Rezension trotz aller Kritik nahelegen will, das Buch zu lesen. Wozu sonst schriebe man die Rezension?

Bei „*Capital in the 21st Century*“ ist das anders. Das Buch ist ein voluminöser Bestseller, ein Gassenhauer, dessen Rezensionen zusammengenommen für mehrere Bücher reichten. Als Rezensent muss ich daher nicht nur das Buch, sondern auch die Kritik daran kritisieren. Noch dazu, wo eigentlich doch schon alles gesagt ist. Meine einzige Hoffnung besteht darin, dass erstens nicht all diejenigen das Buch gelesen haben, die dies behaupten, und dass zweitens unter Politologen einiges Interesse besteht, obwohl das Buch auch ein gewisses Abschreckungspotential besitzt.

In der Tat, die Mächtigkeit (fast 600 Seiten) und streckenweise Langatmigkeit des Werkes erweckt Zweifel, ob das Buch in Wirklichkeit nicht so etwas wie das ökonomische Pendant zu Günther Grass *Der Butt* oder der Bibel ist: Beide müssen in jedem gutbürgerlichen Haushalt stehen, aber gelesen haben sie die wenigsten. Das *Wall Street Journal* berichtet denn auch, dass die meisten Leser bereits nach ca. 26 Seiten aufgeben.

Trotzdem können und sollten auch NichtökonomInnen das Buch lesen. Es ist ein gewaltiges und beeindruckendes Werk. Es strotzt vor interessanten originären Statistiken, die große Streifzüge über Hunderte von Jahren und über ganze Kontinente erlauben. Eingesprengelt in die Litaneien der empirischen und theoretischen Wirtschaftsforschung findet der Leser immer wieder anekdotische Evidenzen aus Geschichte und Literatur, von A wie (Jane) Austen bis Z wie (Emile) Zola. *Pikettys* Buch ist auch so klar geschrie-

ben, dass es sich teilweise sogar als Pflichtlektüre im Grundstudium eignet. Auch dem Fachpublikum ist das Buch zu empfehlen, gerade, weil es auf Ökonometrie oder sonstige Techniken verzichtet, die häufig eher der Blendung als der Erhellung dienen. Schließlich scheut *Piketty* keineswegs die Provokation. Als Politökonom bin ich ja immer wieder dankbar für die teilweise präzise gesetzten Treffer, die *Piketty* gegen seine eigene Zunft landet. Das mag teilweise erklären, warum eine Riposte nicht lang auf sich warten ließ. Ich denke, dass sowohl das Buch, als gerade auch die Kritik daran tiefgehende Probleme in der positiven und normativen Theorie der Ökonomie aufzeigen. Probleme, die für andere Sozialwissenschaftler offensichtlicher und dennoch sehr lehrreich sind.

Das Buch untergliedert sich in vier große Abschnitte: Die einleitenden Kapitel enthalten eine Kurzversion der Hauptthesen (für eilige Leser) sowie einige grundsätzliche Definitionen, welche Nichtökonom*innen den Zugang erleichtern. Der zweite Abschnitt diskutiert die funktionale Aufteilung des Volkseinkommens zwischen Kapital(besitzern) und Arbeitnehmern. Es behandelt vor allem die Entwicklung des Verhältnisses von Kapitalvermögen und Volkseinkommen, nach *Piketty* ein Schlüsselindikator für die zugrundeliegenden Triebkräfte ökonomischer Ungleichheit. Der dritte Abschnitt diskutiert die Entwicklung der Ungleichheit zwischen Personen. *Piketty* konzentriert sich dabei vor allem auf drei Länder (Frankreich, England und die USA), macht jedoch immer wieder Referenzen zu anderen Industrieländern, die sich in seiner Datenbasis befinden. Der vierte Abschnitt diskutiert erstens aktuelle Entwicklungen – insbesondere

die globale Finanzkrise. Zweitens spricht sich *Piketty* für die Einführung einer globalen (oder regionalen) Steuer auf Kapital (und Vermögen) aus.

Die größte Leistung *Pikettys* und seiner Kollegen ist die systematische Bestandsaufnahme der Entwicklung ökonomischer Ungleichheit über mehr als zwei Hundert Jahre in mehr als einem Dutzend OECD-Ländern. Über Jahre haben sie Daten aus Archiven der öffentlichen Steuerstatistiken gesammelt. Obwohl die Daten vielfältig sind, hat es besonders die Grafik der langfristigen Entwicklung der Einkommensungleichheit in den letzten hundert Jahren in die öffentlichen Debatten geschafft. In vielen der untersuchten Länder folgt die Kurve einem U. Innerhalb der letzten 100 Jahre sank die Ungleichheit nach den beiden Weltkriegen bis Ende der 70er Jahre. In den letzten Jahrzehnten hat sie jedoch wiederum deutlich zugenommen und tastet sich vor allem in angelsächsischen Ländern wieder bis an das Niveau von 1914 heran.

Piketty selbst gibt zu, dass die Daten weit davon entfernt sind, perfekt zu sein. Dennoch macht er glaubhaft, dass sie das wahre Ausmaß der Ungleichheit eher noch unterschätzen, weil offizielle Steuerstatistiken keine Schlüsse über nicht berichtetes Einkommen zulassen. Ein derzeit diskutierter Schätzwert ist, dass fast 10 Prozent des Bruttonationalproduktes reicher Industriestaaten in Steueroasen liegen.

Was sind die Triebkräfte dieser Entwicklung und wie sind sie zu bewerten? *Piketty* fasst sein Argument in seiner berühmt-berüchtigten Formel zusammen, die es bereits in US-amerikanischen Talkshows geschafft hat: $r > g$. r steht dabei für die Kapitalrendite, beispielsweise Zinsen auf Geldanlagen. g ist die Wachstumsrate der gesamten Volks-

wirtschaft. Nach *Piketty* steigt Ungleichheit, wenn $r > g$, und dieser Fall ist für *Piketty* die Regel. Wenn Kapitalanlagen mehr Rendite erzeugen, als das Wirtschaftswachstum den Produktionsfaktoren und vor allem den Arbeitnehmern zulassen kann, wächst zunächst die Ungleichheit des Volkseinkommens und langfristig auch die Konzentration des Volksvermögens. Deswegen steigt dann auch das Verhältnis von Kapitalvermögen und Volkseinkommen. Daher wird ein immer größerer Anteil des Volksvermögens vererbt. Es kommt also zu einem Rückkoppelungsprozess: Steigende Ungleichheit erzeugt immer größere Ausmaße an Ungleichheit.

Piketty deutet diesen Rückkopplungsprozess in Anlehnung an Marx als Grundwiderspruch eines voll funktionsstüchtigen Kapitalismus. Man könnte auch neutraler formulieren: Er deutet ihn als eine Grundspannung: Außer in Zeiten großen Wirtschaftswachstums dominiert Kapitalbesitz andere Formen der Einkommenserzielung. Die Gesellschaft wird zu einer Rentiergesellschaft, in der die Masse nur unzureichende Chancen auf sozialen Aufstieg besitzt und eine kleine Elite von den Renditen ihres Vermögens lebt. Das ist die *Pikettysche* Dystopia. Geldadel vermehrt Vermögen, ein Kapitalismus ohne meritokratisches Rückgrat. Durch die empirischen Untersuchungen weiß *Piketty*, dass es keinen linearen Prozess zu immer weiter steigender Einkommens- und Vermögenskonzentration gibt. Was erklärt also die Ausnahmen von der Regel? Für ihn sind vor allem die beiden Weltkriege (und die damit einhergehende Vernichtung des physischen und monetären Wertes von Kapital) schuld. Hinzu kommt jedoch die Ausweitung progressiver Steuern auf Einkommen und Vermö-

gen (einschließlich der Erbschaften). Erst als seit den 70er Jahren die führenden Industrienationen damit begannen, progressive Steuern abzubauen, nahm die Ungleichheit wieder sprunghaft zu. Die Folge ist eine Renaissance der Rentiergesellschaft, welche das Gesellschaftsbild des 21. Jahrhunderts prägen könnte.

So ist denn auch eine Steuer die zentrale Politikempfehlung *Pikettys*, die *Global Capital Tax*. Die Steuer sollte möglichst global erhoben werden und progressiv gestaffelt sein. *Piketty* ist sich durchaus bewusst, dass diese Forderung utopisch klingt. Jedoch hält er sie für einen begrenzten Raum wie die OECD oder die EU durchaus für machbar.

In der Rezeption des Buches bildeten sich rasch verschiedene Lager: Enthusiasten, gemischt Gestimmte, und solche, die das Werk beziehungsweise dessen Thesen überwiegend ablehnen. Ich will mich auf vier größere Kritikpunkte beschränken: Messfehler, die Definition von Kapital, das Gesetz ($r > g$), und die zugrundeliegende Ethik.

Im Fahrwasser des Reinhart-Rogoff-Skandals versuchte die *Financial Times*, *Piketty* grobe Messfehler und arbiträre Annahmen in der Konstruktion seiner langen historischen Reihen vorzuwerfen. In der Tat ist *Pikettys* Ansatz nicht in jeglicher Hinsicht ideal. Jedoch ist die Transparenz in der Datenerzeugung beispielhaft, und die substantiellen Ergebnisse sind wohl nicht zu leugnen. Diese Kritik ist denn auch relativ schnell wieder verflogen.

Komplizierter liegt der Fall beim Kapitalbegriff. Die Hauptkritik dabei ist, dass *Piketty* Humankapital aus seinen Berechnungen ausschließt. Er muss dies tun, weil eine historische Erfassung von Humankapital kaum möglich

wäre. Noch nicht mal in der Gegenwart herrscht unter Ökonomen Einigkeit, wie Humankapital operationalisiert werden kann. Dennoch ist die Kritik in dem Sinne valide, dass sich das Bild verändern könnte, wenn man – durchaus plausibel – annimmt, dass die Bedeutung von Bildung im Zeitverlauf zunimmt. In gewisser Hinsicht ist die Kritik aber auch kleinlich, weil *Piketty* sehr wohl immer wieder auf Humankapital Bezug nimmt, wenn auch weniger systematisch.

Für die meisten Ökonomen ist $r > g$ und die zugrunde liegende Annahme der automatischen Vermögenskonzentration die wirkliche Achillesferse. Die kontrafaktische Überlegung dabei ist, dass es erklärungsbedürftig bleibt, warum die Nachkommen der Rockefellers (oder warum nicht: Fuggers) nicht auch noch heute die Reichsten in der Gesellschaft sind. Viele Ökonomen führen dementsprechend ihr klassisches Instrumentarium ins Feld, um *Pikettys* Hauptthese zu entkräften: sinkende Skalenerträge für Kapitalbesitz, zu geringe Elastizität zwischen Arbeit und Kapital, ungeklärte Definitionen von Abschreibungen, unberücksichtigte Risikokomponente der Rendite, Dynastien mit begrenzter Lebensdauer, vernachlässigte Dynamiken im Bereich der Innovation und Imitation... Die Liste der Unterlassungen ist also lange. Das mag Ökonomen interessieren und ist auch für Politikökonomien nicht irrelevant. Selbst wenn aber die Bedeutung vererbter Vermögenskonzentration weniger wichtig sein sollte, als *Piketty* behauptet, so wird sie kaum als trivial zu bezeichnen sein. Und generell besteht die Ungleichheitsproblematik an sich jedoch weiter, egal, woher sie kommt. Es ist daher wohl die größte Leistung

Pikettys, die Debatte über das Ungleichheitsthema neu entfacht zu haben.

Die grundlegendste und meines Erachtens in der Psychologie vieler Ökonomen tief verankerte Kritik ist eine ethische. Sie lässt sich nach Deidre McCloskey mit „So What?“ zusammenfassen: Warum ist Ungleichheit wichtig? Für die meisten Ökonomen ist Gleichheit kein Wert an sich, sondern allenfalls relevant im Hinblick auf etwas anderes, zum Beispiel auf drohende Effizienzverluste. Wenn aber die ethische Grundlage für *Pikettys* Ratschläge falsch ist, dann ist eine *Global Capital Tax* gleichbedeutend mit *global capital punishment*.

Die politische Empfehlung der *Global Capital Tax* wirkt in der Tat etwas einseitig. Für Politikwissenschaftler ist es relativ klar, dass eine Vielzahl wohlfahrtsstaatlicher Arrangements dazu beitragen, Ungleichheit zu reduzieren. Im internationalen Vergleich scheint es auch eher die Höhe sozialstaatlicher Ausgaben zu sein, die Ungleichheit reduziert, als unmittelbar die Progression der Steuer. Die politische Diskussion der Entwicklung von Ungleichheit kommt daher auch insgesamt ein wenig zu kurz, denn es gibt nach wie vor große Unterschiede zwischen den Ländern. Was die Kritik an *Pikettys* ökonomische Theorie anbetrifft, so ist *Piketty* sicherlich selbst schuld. Er bauscht sein Grundgesetz des $r > g$ auf und provoziert damit. Innerhalb des Buches ist jedoch sein Ansatz vielseitiger, als es scheint. Beispielsweise diskutiert er durchaus die Ungleichheit unter Angestellten und vor allem die galoppierenden Entlohnung von Spitzenmanagern. Was die kritische Auseinandersetzung zwischen *Piketty* und anderen jedoch zeigt, ist, wie wenig trennscharf einer der Grundbegriffe der modernen Öko-

nomie ist: das Kapital. Die moderne Wirtschaftslehre hat diese Kindheitskrankheit keineswegs auskuriert, sondern allenfalls übertüncht, und diese Probleme – beispielsweise die Cambridge (USA) vs. Cambridge (GB) Kontroverse – scheinen in aktuellen Diskussionen immer wieder durch. Ökonomie kumuliert keineswegs immer so gesichertes Wissen, wie es die führenden Vertreter gerne wollten.

Viel eklatanter scheint mir jedoch zu sein, dass Ökonomen eine Art einstudierte Ungleichheitsaversions-Aversion haben. Verteilung ist entweder kein Problem, oder eben ein nachrangiges. Dieser Tendenz kann sich auch *Piketty* selbst nicht wirklich entziehen. Erstens, und nicht untypisch für Ökonomen, widmet er der normativen Theorie – warum sollten wir Ungleichheit fürchten? – sehr wenig Raum. Zweitens misst auch er der Ungleichheit beziehungsweise der Gleichheit eher einen instrumentellen Wert zu. Das heißt, Ungleichheit wird zum Problem, weil sie dazu führt, dass Rentiers mehr Geld verdienen als Unternehmer und Innovateure. Dies erzeugt ein von Ökonomen so gefürchtetes Anreizproblem. Abgesehen davon, dass dieses Argument sehr wackelig ist (wenn jemand kein Kapital hat, ist seine einzige Chance, sozial aufzusteigen, zu arbeiten und innovativ zu werden), führt es zu einem klassischen Problem: Sobald jemand zeigen kann, dass die Konsequenz der Ungleichheit für Effizienz nicht so schlimm ist, entfällt die Sorge um Ungleichheit – und das Buch wird, so hat es McCloskey auf den Punkt gebracht, wertlos.

Diese Kritik ist jedoch in zweierlei Hinsicht überzogen. Erstens bemessen Ökonomen den instrumentellen Wert von Gleichheit zumeist in Effizienzverlust. Wenn Ungleichheit Wirtschafts-

wachstum gefährdet, dann ist die Sorge berechtigt, andernfalls nicht. In jüngster Zeit scheint das Pendel in die Richtung von *Piketty* zu schwenken, jedoch kann sich der Wind hier schnell drehen. Dann wäre Ungleichheit auch kein Problem mehr.

Allerdings hat Ungleichheit auch erhebliche Konsequenzen, die allenfalls indirekt ökonomisch wirksam werden. So ist beispielsweise eine der wenigen robusten einfachen Makro-Korrelationen im internationalen Vergleich diejenige zwischen der Gewalttätigkeit einer Gesellschaft und deren Ausmaß an ökonomischer Ungleichheit. Auch ein demokratischer Prozess in ökonomisch extrem ungleichen Gesellschaften ist schwer vorstellbar.

Wenn man also eine instrumentelle Strategie gegen die Sorge von Ungleichheit ins Feld führt, muss man die Konsequenzen von Ungleichheit in allen wesentlichen sozialen Dimensionen abbilden. Dann wird es schon wesentlich schwieriger, mit den Achseln zu zucken. Eine weitere ethische Strategie ist jedoch, der Gleichheit auch einen intrinsischen Wert an sich zukommen zu lassen und damit neben andere Werte wie Prosperität gleichberechtigt zu stellen. Dafür kann es viele gute Gründe geben. Menschen zeigen häufig eine außerordentlich starke Aversion gegen Ungleichheit, und das nicht, weil sie über deren Konsequenzen besorgt sind, sondern weil sie Gleichheit als Zustand an sich schätzen. Es gibt also eine deontische Strategie zur Verteidigung der Ungleichheit, die von Ökonomen regelmäßig gering geschätzt wird, beziehungsweise als Sozialneid abgetan wird. Das ist umso merkwürdiger, weil Ökonomen gleichzeitig die menschliche Gier im Sinne der kapitalistischen Innovation instrumentalisieren wollen.

Wenn aber eine schlechte Charaktereigenschaft positive Effizienzwirkung entfalten kann, warum soll dann nicht der Sozialneid positive Reaktionen im Sinne der Entwicklung von Sozialstaatlichkeit befördern? Die Ökonomie misst hier immer noch mit zweierlei Maß, und das Übersehen dieser Tatsache erzeugt unter anderen Sozialwissenschaftlern und Verhaltensforschern denn auch regelmäßiges Kopfschütteln. Es ist also inkonsequent, die entscheidende normative Frage abzutun, die da lautet: Ab welchem Niveau wird Ungleichheit zum Problem an sich? Diese Frage kann nicht mit letzter wissenschaftlicher Autorität quantitativ geschätzt, sondern allerdings demokratisch ermittelt werden. Dennoch ist genau sie das normative Grundproblem von *Piketty*: Ab wann wird Ungleichheit zu einem solch gravierenden Problem, eine solch gravierende Verletzung der sozialer Solidarität, dass Intervention geboten ist, selbst wenn sie auf Kosten anderer Werte ginge? *Piketty* liefert darauf eine interessante, wenn auch nicht immer konsequente Antwort. Der Frage hat jedoch *Piketty* enormen Auftrieb verschafft.

Achim Kemmerling

Oppelland, Torsten und Hendrik Träger. *Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei*. Baden-Baden. Nomos 2014. 263 Seiten. 19,90 €.

Auf keine deutsche Partei lässt sich der Ausspruch „Totgesagte leben länger“ treffender anwenden als auf die Linkspartei. Seitdem ihr Vorgänger, die PDS, aus der vormaligen Staatspartei der DDR hervorgegangen ist, wird die heutige Linkspartei von Abgesängen aus

Politik, Publizistik und nicht zuletzt der Politikwissenschaft begleitet. Zuletzt war dies im Vorfeld des Göttinger Parteitages im Juni 2012 der Fall. Die Linkspartei, so der Tenor aller ex-ante-Nachrufe, sei ideologisch schlichtweg zu zerstritten, um sich dauerhaft im Parteiensystem der Bundesrepublik etablieren zu können. Dennoch, ähnlich wie einst bei Mark Twain, sind Nachrichten über den Tod der Linkspartei bislang stets stark übertrieben gewesen. Aus der neuen Monographie von *Torsten Oppelland* und *Hendrik Träger* lassen sich einige Hinweise zur Beantwortung der Frage entnehmen, warum dies der Fall sein könnte.

Das anzuzeigende Buch ist Teil der von Karl-Rudolf Korte herausgegebenen Reihe „Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland“, in der das „innovative Forschungszentrum“ jedes Bandes auf der „Frage nach der formellen und informellen Organisation der Entscheidungsprozesse und Machtzentren“ (6) der jeweils behandelten Partei liegt. Darüber hinaus werden aber auch die historische und programmatische Entwicklung sowie die Wählerpotenziale und strategischen Optionen der Linkspartei thematisiert. Im Ergebnis ihrer material- und kenntnisreichen Studie machen *Oppelland* und *Träger* drei Formen der Willensbildung innerhalb der Linkspartei aus: erstens von den charismatischen Führungspersönlichkeiten wie Gysi, Bisky und Lafontaine herbeigeführte Ausgleiche sowie – in Abwesenheit dieser Führungspersönlichkeiten – zweitens Kompromisse der innerparteilichen Flügel, und drittens offene Konflikte (181). Angesichts der Tatsache, dass *Oppelland* und *Träger* der Linkspartei nachvollziehbar zugestehen, im Stile einer *single-issue* Partei mit dem Thema der